

Kommunalkultur:

„Wir brauchen eine Kulturpolitik genau dort, wo die Kultur auch stattfindet: in den Kommunen - Beobachtungen eines Verzweifelten“

Einst wurde mit großem Aufwand in Deutschland kommunale Kulturpolitik betrieben – man denke nur an Hilmar Hoffmann in Frankfurt am Main. Wer sonst sollte den Bürger auch mit Kultur versorgen? Das weite Land, der ferne Staat? Aber das effiziente Instrument ist zu einem ungeliebten Stiefkind verkommen. Seit die Stadtsäckel immer enger geschnürt werden, versuchen kommunale Finanzpolitiker unter dem Deckmantel so genannter freiwilliger Aufgaben ihre Kultur aus den städtischen Haushalten am liebsten ganz zu verbannen.

Wie kam sie da auch nur hin? Schließlich ist selbst auf den Webseiten kleiner Kommunen der Begriff «Kultur» kaum zu finden. Entdeckt man einen Hinweis, führen die Links auf Veranstaltungshinweise örtlicher Vereine, zu Öffnungszeiten ehrenamtlich betriebener Heimatmuseen oder geben Aufführungsdaten ansässiger Seniorenlaienspielgruppen bekannt. Kultur für alle? Auf Seiten der etwas größeren Kommunen findet sich auch mal ein Hinweis auf Gastspiele von Tourneetheatern, die gängige Klassiker mit geringstmöglichem Aufwand zur Aufführung bringen. Für diese Kultur zuständig ist in kleinen Kommunen meist der Hauptamtsleiter, der zeitlich bereits mit der Bewältigung allgemeiner Verwaltungsaufgaben überfordert ist. Soll er Kulturangebote zusammenstellen, weiß er vor allem, dass sie Geld kosten. Das macht ihn stutzig. Welchen Sinn haben sie überhaupt? Manchmal findet sich in den Reihen der Kommunalpolitiker auch ein Freiwilliger, der gern, wenn auch nur ab und an, in ein Konzert geht. Er ist prädestiniert, selbst in größeren oder großen Städten, das Kulturamt zu leiten, weil gerade kein anderer Posten für den langjährigen, verdienten Parteifreund aufzutreiben war. So einer versucht in seiner Not, sich mit den ihm gängigen Kulturinstitutionen zu profilieren, lenkt vorhandene Mittel vor allem dorthin, wo ihn Lohn erwartet, etwa dass sein Vernissagenfoto zusammen mit dem Direktor der städtischen Kunstsammlung und dem ausstellenden Künstler in trauter Dreisamkeit im Kulturteil seiner Heimatzeitung erscheint: als Beleg der eigenen Wichtigkeit. Was nicht heißen soll, dass es nicht immer mal wieder eine Stadt mit einem engagierten Abteilungsleiter gibt, der versucht, alle Kulturbereiche mit den wenigen zur Verfügung gestellten Mitteln tatsächlich am Leben zu halten.

Aus der Perspektive von Künstlern bedeuten diese durchaus realistischen Zustände in den meisten Kommunen vor allem traumatisierende Erlebnisse. Der Gang mit dem Fördermittelantrag zum Kulturamtsleiter oder einem seiner Abteilungsleiter ist fast immer ein demütigender, da verantwortliche Zuwendungsgeber von Anbeginn den Verdacht hegen, der Antragsteller wolle sich auf Kosten der Kommune persönlich bereichern. Kommt der Leiter tatsächlich zum Schluss, nach grundsätzlicher Kürzung der Antragssumme einen Teil des Betrags bewilligen zu wollen, wird er so tun, als entstammten diese Mittel seinem eigenen Portemonnaie, wozu kniefälliger Dank nötig sei.

Nun, schließlich gibt es ja Jurys, von denen man annehmen möchte, sie würden unabhängig und qua unbestechlicher Kompetenz über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden. Aber meist hat so eine Jury nur einen beratenden Auftrag. Besitzt sie wirklich Entscheidungsbefugnis, sitzt das Kulturamt in der Regel samt Stimmrecht mit in den Jurysitzungen, um die Mittelvergabe an unliebsame Künstler zu verhindern oder sie den eigenen Duz-Zöglingen zuzuspielen. Es soll sogar Jurys geben, bei denen indirekt die Zuwendungsempfänger selbst über ihre Mittel mitentscheiden dürfen. Im Bereich der freien darstellenden Künste sind die in Großstädten dreiköpfig besetzten Entscheidungsgremien besonders beliebt, da sie immerhin sechs- oder siebenstellige Beträge über alle Genres hinweg verteilen dürfen, aber selbst selten mehr als in nur einer Sparte über entsprechende Kompetenz verfügen. Abgesehen davon, dass solch kleine Jurys mit so großem Entscheidungsvolumen nicht die minimalsten Anforderungen an Transparenz an den Tag legen, scheint den Verantwortlichen solcher Strukturen nicht bewusst, dass es bei der Vergabe von Förderung um die Existenz von Menschen geht, die nicht nur für, sondern auch von ihrer Kunst leben. Dass sie Menschen sind, die auch ein Anrecht darauf haben, dass über die Ermöglichung ihrer Kunst tatsächlich nach bestem Wissen und Gewissen entschieden wird und nicht nach Gutsherrenart, das ist nicht bekannt. Stattdessen hören wir ihre wenig überraschende Klage, dass sie zu wenig Geld verteilen dürfen.

Das liegt natürlich an den Kulturausschüssen vieler Kommunen. Man fragt sich, was den einen oder anderen je dazu veranlasst hat, diesem hohen Gremium beizutreten, wenn sich die Kenntnis von Kunst und Kultur auf durchschnittliches Laienwissen beschränkt und kaum ein Interesse daran besteht, an gegebenen Situationen irgendetwas zu ändern. Wird einem Vertreter der freien Szene die seltene Gelegenheit gegeben, über die Bedeutung der Off-Kultur zu berichten, wird er sicherlich auch auf eine höhere Förderung hinweisen, aber dann ist eine Gegenfrage garantiert. Nein, bei freien Gruppen handelt es sich nicht um Amateure, die ihre Kunst aus Liebhaberei betreiben, sondern um professionelle Künstler, die von ihrer Kunst leben müssen und mit ihrer Kunst durchaus einen Beitrag für die Gesellschaft in den Kommunen leisten wollen. Sitzen tatsächlich interessierte, kompetente, weitsichtige Stadt- oder Gemeinderäte in den Kulturausschüssen, kämpfen auch sie meist vergeblich um Unterstützung in ihren eigenen Fraktionen.

Kultur wird in der Regel nur verwaltet und nicht gestaltet. Es mangelt nicht nur an notwendigem Fachwissen, sondern auch an solchem Wissen, wie Kultur mit Weitsicht zu gestalten wäre. Weitsicht bedeutet, im Bereich der Kunst zukunftsweisende Entwicklungen zu entdecken und sie in Abwägung mit der Finanzierung traditioneller Kulturinstitutionen zu fördern. Ein Altertumswissenschaftler oder ein Germanistikprofessor wird kaum geeignet sein, innovative Elemente etwa im zeitgenössischen Tanz zu erkennen. Warum auch sollte er? Seinen Vorgänger scherte es nie. Blickt man mal en detail auf die Fakten, fließt wie überall ein Großteil in den Unterhalt und die Verwaltung von Museen, Galerien und Bibliotheken. Selbst die Intendanten von Landesbühnen, Stadt- oder Staatstheatern haben es schwer, ihre Haushalte vor Kürzungen zu bewahren, lässt sich doch angesichts scheinbar immenser Bezuschussungen in Millionenhöhe nur schwer vermitteln, dass der weitaus größte Anteil davon zur Deckung von Verwaltungs- und Betriebskosten aufgewendet werden muss. Bei Kürzungen der Haushalte ist die logische Konsequenz, dass Einsparungen nicht bei fixen Kosten herbeigeführt werden, sondern bei den Mitteln, deretwegen die Häuser überhaupt da sind. Schon die Anhebung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, zu denen alle Angestellten eines Theaters zählen, nur der Künstler nicht, geht unumgänglich mit einer Kürzung des künstlerischen Etats einher. Irgendwann, so müsste es kommen, haben wir Theaterpaläste voller Angestellter, aber ohne Schauspieler, Tänzer, Sänger und Musiker. Ihre Abwicklung findet

jedoch meist schon vorher statt, sodass keiner den Irrsinn bemerkt oder darüber nachdenkt, dass man Strukturen sogar ändern kann.

Also bleibt es, wie es ist: Fragt man einen Stadtkämmerer etwa nach der Förderung der bildenden Künstler, wird er gern die Position vertreten, man unterstütze diesen Bereich großzügig mit zwei Millionen, auch wenn in Wahrheit 1,995 Millionen in die städtische Kunstgalerie fließen und die verbleibenden 50.000 Euro zu möglichst gleichen Teilen an achtzehn bildende Künstler. Dafür findet zwanzig Jahre nach ihrem Armenbegräbnis ihre posthume Anerkennung den Weg in ebendiese städtische Galerie.

In den Kommunen selbst wird so etwas nur selten kritisiert. Wer Kritik übt, brauchte auch eine Vision und müsste sie vermitteln können, selbst auf die Gefahr hin, nicht gerade verstärkter Beliebtheit ausgesetzt zu sein. Was wäre denn so falsch daran, sich für die Künstler einzusetzen, ihnen zuzuhören und erst danach sich der Zugehörigkeit zur eigenen Verwaltung gewahr zu werden, um die Bedürfnisse und Zwänge in Relation zueinander abzuwägen? Dabei gibt es sie ja: umsichtige, fachkundige Kulturpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter. Für sie ist die größte Hürde, über neuere Entwicklungen der Konzeptkunst, der Neuen Musik, des zeitgenössischen Tanzes, der Performance nicht nur Bescheid zu wissen, sondern auch noch Überblick über die Szenen in der eigenen Kommune zu gewinnen. Was immer gerade in diesen Bereichen an Entwicklungen stattfindet, die sich zudem noch rasant und eigendynamisch entwickeln, das erfahren sie bestenfalls secondhand: Man hat schon mal gehört, dass sich inzwischen selbst die Stadttheater an der freien Szene orientieren. Mit einem entscheidenden Vorteil für die Stadttheater: Sie haben genau die Orte, an denen sie sich ein eigenständiges Profil erarbeiten können und die den Freien in der Regel fehlen.

Natürlich investieren Kommunen gern in Sichtbarkeit, in Architektur und sind – zu Recht – stolz darauf, etwa Kampnagel in Hamburg oder Hebbel am Ufer in Berlin als international wichtige Spielstätten zu etablieren. Das bedeutet nebenbei auch, dass entsprechend weniger Künstler aus Hamburg oder Berlin dort unterkommen, was niemanden daran hindert, im gleichen Atemzug die mit viel Enthusiasmus und Entbehrungen geschaffenen Spielorte wie Fleetstreet in Hamburg oder die Theaterkapelle in Berlin-Friedrichshain mangels Förderung dem Exitus preiszugeben. Und das, obwohl man sich die Stadtteilentwicklung gerade groß auf die kommunalen Fahnen geschrieben hat.

So bestaunt man Entwicklungen in der darstellenden Kunst, tuschelt über den Tanz als immer beliebtere Kunst, nur produziert man sie nicht, sondern setzt die Künstler unter Druck, sechzig Prozent ihrer Zeit für Antragstellungen, Verwendungsnachweise, Buchhaltung, Geld- und Gastspielakquise aufzuwenden. Dabei könnte man diese Szene nicht nur ihrer Effizienz wegen ohne Weiteres mit professionellen Produzenten ausstatten und ihr erlauben, sich in einem Netzwerk aus multifunktionalen Produktions- und Spielstätten zu bewegen, die über ausreichend Proben-, Trainings-, Residenz- sowie Gastspiel- und Koproduktionsetats verfügen. Man müsste dazu bloß beides, Produktionen und Orte, fördern. Weil aber diese oder auch jede andere Idee den Gang des Gewohnten stört, darf es umgekehrt auch niemanden wundern, wenn man die vorhandenen Strukturen eines veralteten Verteilungssystems immer heftiger kritisiert. Einerseits, um wichtige, zukunftsweisende Entwicklungen nicht länger zu behindern. Andererseits, um endlich die Bildung, die den Kindern so nachdrücklich ans Herz gelegt wird, auch in den Verwaltungen Fuß fassen zu lassen. Fast täglich werden auf den Podien nahezu aller Kommunen Themen auch der freien darstellenden Kunst, etwa demografischer Wandel, Kultur- und Kreativwirtschaft, kulturelle Bildung, Integration von Migranten oder Stadtteilentwicklung diskutiert. Viel zu oft mit dem Rücken zu den tatsächlich existie-

renden, lebendigen Szenen in den freien darstellenden Künsten, denen man – anderes als etwa in Flandern – alles erlaubt, nur nicht: sich zu professionalisieren.

Autor und Fundstelle:

Alexander Opitz - Erster Vorsitzender des Bundesverbands Freier Theater, in:
Kultiversum – Die Kulturplattform (25. Dezember 2010)